

Die Wahrheit über den Bau eines Flüchtlingsheims

Es gibt ein Grundstück, und es gibt Standard-Häuser aus Containern, die ruck zuck aufgebaut sind. Es gibt aber auch: absurde Vorschriften; Beamte, die mit Beamten streiten; Behörden, die anderen Behörden keine Auskunft geben; Bürger, die in ihrem Viertel keine Fremden wollen. Volker ter Haseborg und Christian Unger haben 14 Monate lang das Gezerre um eine Unterkunft in der Rahlstedter Straße 8 protokolliert. Sie hielten auch fest, dass erst ein halbes Jahr nach der Bauzusage der Baum- und der Vogelgutachter das Gelände freigaben und dass die knallgelbe Farbe der Häuser ein denkwürdiger Zufall ist

Von Volker ter Haseborg und Christian Unger, Hamburger Abendblatt,
26.07.2014

Eine Unterkunft für Flüchtlinge ist schnell aufgebaut. Ein Haus besteht aus 18 Stahl-Containern, jeweils sechs Meter lang, drei Meter breit und zweieinhalb Meter hoch. Ein Haus, das sind vier Wohnungen für bis zu 28 Menschen. An einem einzigen Tag können die Container zu einem Haus zusammengesetzt werden. Die Möbel sind Massenware, die Elektrik simpel. Der Innenausbau dauert pro Flüchtlingshaus noch einmal eineinhalb Wochen.

Am 10. Mai 2013 schreibt der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes Hamburg, Georg W. Kamp, eine E-Mail an Sozialsenator Detlef Scheele. Man habe da ein unbebautes Grundstück in der Rahlstedter Straße 8 in Wandsbek. Ob die Stadt nicht Interesse habe, dort eine Unterkunft für Flüchtlinge zu bauen?

Fünf Häuser passen auf das Grundstück, bis zu 130 Menschen könnten hier wohnen. Es könnte jetzt ganz schnell gehen im Mai 2013; das kleine Dorf für Flüchtlinge, es wäre in ein paar Wochen errichtet.

Doch so einfach läuft das nicht. Und deshalb muss man die Geschichte der Flüchtlingsunterkunft an der Rahlstedter Straße 8 von Anfang an erzählen und bei Svenja Gugat, Mitarbeiterin in der Hamburger Sozialbehörde, beginnen.

Svenja Gugat, 47, dunkelbraune Haare, markante Brille, energisch, hat früher beim Jobcenter Arbeitslose betreut und in der Sozialbehörde Menschen mit Schulden beraten. In ihrem neuen Job soll sie Flüchtlingen eine Unterkunft suchen - und damit eines der größten Probleme der Hamburger Politik lösen.

Im März 2013 haben 300 afrikanische Flüchtlinge Hamburg erreicht. Zunächst kommen sie im Winternotprogramm der Stadt unter, später leben sie auf der Straße. Sie sind über das Mittelmeer auf die italienische Insel Lampedusa geflohen. Sie wurden zunächst auf Unterkünfte in ganz Italien verteilt. Doch die Heime waren überfüllt, man schickte sie weg. Jetzt sind sie hier und wollen bleiben. Wie viele andere auch.

Seit 2011 ist dem Senat eigentlich bekannt, dass die Zahl der Flüchtlinge dramatisch steigt. Die Menschen fliehen vor dem Bürgerkrieg in Syrien, vor Unruhen und Armut in Osteuropa und Afrika. 2012 kamen 1880 Asylbewerber nach Hamburg, 32 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Flüchtlinge werden auf die Bundesländer verteilt. Die Erstaufnahme übernimmt die Innenbehörde. Aber die Folgeunterbringung nach drei Monaten verantwortet die Sozialbehörde. Die beiden Behörden schaffen es nicht, genügend Plätze für Flüchtlinge einzurichten.

Erst im Jahr 2013 macht der Senat das Thema zur Chefsache: Eine "Lenkungsgruppe" aus Staatsräten und Bezirksamtsleitern wird gegründet. Und in der Sozialbehörde wird ein Projekt mit fünf Mitarbeitern aufgesetzt: "Kapazitätsaufbau öffentliche Unterbringung", Svenja Gugat gehört dazu.

Am Anfang erklärte man Svenja Gugat ihren neuen Job so: Sie soll die Grundstücke für die Unterkünfte suchen, das Bezirksamt genehmigt den Bau, das städtische Unternehmen Fördern und Wohnen plant die Einrichtungen und betreibt sie. Ganz einfach, die Theorie, nach der das Flüchtlingsproblem gelöst werden soll. Im Frühjahr 2013 gehen Gugat und ihre Kollegen davon aus, dass sie 1000 neue Unterkunftsplätze schaffen müssen, dann ist das Thema erledigt. Ein Irrglaube.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Rahlstedter Straße 8, 22149 Hamburg, Flurstück 2887, wird die erste Unterkunft sein, die Svenja Gugat bis zur Fertigstellung betreut.

Als Erstes setzt Gugat also die Rahlstedter Straße 8 auf die Liste aller infrage kommenden Standorte in Hamburg. Die Liste ist wichtig. Sie ist Munition für die "Lenkungsgruppe" aus Staatsräten und Bezirksamtsleitern, die einmal im Monat zusammenkommt, um zu entscheiden, wo die Unterkünfte hinkommen. Und die Liste ist lang, fast 100 Standorte aus allen Bezirken stehen darauf. Es gibt auch eine Liste der Standorte, die wieder verworfen wurden: Es sind weit über 200. Es gibt viele Gründe, die gegen eine Flüchtlingsunterkunft sprechen.

Wie lange kann die Stadt das Gelände nutzen? Wie laut ist es? Ist der Boden verseucht? Steht das Gebiet unter Naturschutz? Ist das Gelände Hochwassergebiet? Wie ist es angebunden? Leben hier seltene Tierarten? Svenja Gugat hat Artenschutz- und Baumbestandsgutachten lesen müssen, sie weiß jetzt sogar, was ein Magerrasenbiotop ist und warum Fledermäuse den Bau einer Unterkunft verhindern können.

Manchmal glaubt Svenja Gugat, sie arbeite in der Umweltbehörde und nicht in der Sozialbehörde.

Seit bekannt ist, dass die Stadt Hamburg Grundstücke oder Gebäude für Flüchtlingsunterkünfte sucht, klingelt bei Svenja Gugat und ihren Kollegen häufig das Telefon. Es sind Makler, die "geeignete Objekte" im Angebot haben. Oder Geschäftsmänner, die darüber nachdenken, ein marodes Gebäude billig anzumieten, um es danach dem Staat teuer zu vermieten. Neulich hat jemand der Stadt eine ehemalige Polizeiwache angeboten, sogar die Gitterfenster in den Hafträumen waren noch drin. Gugat und ihre Kollegen prüfen die meisten Angebote. Häufig müssen sie zuschlagen, weil die Not so groß ist.

Das Rote Kreuz will das Areal an der Rahlstedter Straße 8 aus edlen Motiven angeboten haben. Das stimmt - wenn auch nicht so ganz. Um die 2000 Euro Miete zahlt die Stadt im Monat. Der Vertrag läuft fünf Jahre mit der Option auf Verlängerung. Bislang war das Gelände ein Gewerbegebiet, Wohnungen durften dort nicht gebaut werden. Durch die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft könnte das DRK

auf dem Gelände nach Ablauf des Mietvertrages ein Altenheim oder eine Kita bauen. Die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft wertet das Flurstück 2887 auf.

Am 22. Mai 2013 schreibt Gugat das Bezirksamt Wandsbek an. Das Gelände ist nicht nur als Gewerbefläche, sondern zum anderen auch als Grünfläche ausgewiesen. Gugat fragt, ob das Bezirksamt den Bau einer "Anlage sozialer Zwecke" genehmigen kann. Eine Woche später die Antwort: Ja, man könne sich eine Befreiung von der Gewerbenutzung vorstellen. "Und was ist mit der Grünfläche?", will Gugat wissen. Sie bekommt keine Antwort. Monatelang. Sie fragt achtmal nach. Immer wieder.

Juni 2013. Die St.-Pauli-Kirche wird zum Obdach für 80 afrikanische Flüchtlinge, die man jetzt die Lampedusa-Gruppe nennt. In der Stadt finden erste Demonstrationen für sie statt.

Am 17. Juni entscheidet das Hamburgische Obergericht, dass die Stadt Hamburg auf dem Gelände des ehemaligen Recyclinghofs am Offakamp in Lokstedt keine Flüchtlinge unterbringen darf. Nach dem Bebauungsplan sei das Gelände als Gewerbegebiet ausgewiesen, und Gewerbeflächen seien knapp, heißt es. Zudem sei der Boden belastet. 120 Flüchtlinge sollten hier unterkommen. Die Stadt muss die Container, die bereits auf dem Gelände stehen, wieder abbauen. Geklagt hatten Anwohner. Weil der Fall großes Aufsehen erregt, werden bald auch andere Hamburger gegen Flüchtlingsheime in ihrer Nachbarschaft klagen.

Im August 2013 ist die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung der Innenbehörde in der Sportallee 70 hoffnungslos überfüllt. Flüchtlinge müssen in Zelten übernachten.

Erst am 22. August bekommt Svenja Gugat vom Bezirksamt Wandsbek die Antwort, die sie braucht: Die Sozialbehörde kann davon ausgehen, dass sie das Grundstück für eine Flüchtlingsunterkunft nutzen kann - wenn denn ein stichhaltiger Bauantrag eingereicht wird. Über ein Vierteljahr ist bereits vergangen. Mittlerweile ist die Nachricht, dass an der Rahlstedter Straße Flüchtlinge wohnen sollen, öffentlich geworden.

Jetzt begibt sich Svenja Gugat zum ersten Mal zu dem Grundstück. Sie fährt mit dem Auto die Rahlstedter Straße ab, sieht den Discounter Lidl um die Ecke. Gut. Sieht die Bushaltestelle. Sie freut sich. Die Straße ist auch nicht laut. Eine kleine Eisdielen, nicht so viele Nachbarn. Dann stellt sie sich auf den Bürgersteig und blickt aufs Grundstück.

Es ist ein Acker, früher war hier eine Werkstatt, auf dem Gelände liegt noch Schutt aus Ziegeln und Asphalt. Bierdosen und Glasscherben blinken aus dem Boden auf. Unkraut wuchert.

3180 Quadratmeter, steht in Gugats Unterlagen. Das ist nicht viel, nicht mal ein halbes Fußballfeld, aber besser als nichts. Sie schaut nach rechts, dort steht ein dreigeschossiges Wohnhaus. Es wird von Fabian Röhr verwaltet, und der ist gegen ihr Projekt, wird sie bald merken. Sie schaut nach links zu dem Kfz-Sachverständigenbüro von Thomas Seltmann, auch ihn wird sie später als Gegner kennenlernen. Der Abstand ist okay, entscheidet Svenja Gugat, aber sie ahnt, dass es Ärger mit den Nachbarn geben wird. Der erste Eindruck trotzdem: positiv.

Ebenfalls am 22. August 2013 diskutieren im Sitzungsraum der Sozialbehörde, Hamburger Straße 47, zehnter Stock, zum ersten Mal diejenigen über das Projekt, die darüber entscheiden sollen: die "Lenkungsgruppe" aus Staatsräten und Bezirksamtsleitern. In den kommenden Monaten wird das Gremium siebenmal über die Rahlstedter Straße 8 beraten. Das Projekt verzögert sich weiter: Die Umweltbehörde verlangt eine "Bodensondierung nach dem Wirkungspfad Boden-Mensch". Ein Bodengutachten, weil auf dem Gelände früher eine Werkstatt stand. Solche Gutachten brauchen Zeit, richtig viel Zeit. Und sie sind nach Auffassung der Organisatoren der Unterkünfte häufig gar nicht erforderlich. Sogar auf Pausenhöfen von geschlossenen Schulen, wo bis vor Kurzem noch Kinder gespielt haben, sind solche Studien nötig, bevor dort eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden kann.

Berlin-Hellersdorf, im August 2013. Neonazis demonstrieren vor einem neuen Flüchtlingsheim, zeigen den Hitlergruß. In Hamburg wird bekannt, dass aus dem ehemaligen Kreiswehrrersatzamt an den Sophienterrassen in Harvestehude ein

Flüchtlingsheim werden soll, in bester Lage mit Alsternähe. Die "Bild"-Zeitung veröffentlicht einen "Freizeitplan für die Alster-Asylanten": Zum Beispiel "Multi-Kulti-Segeln auf der Alster".

Am Zaun zum Grundstück Rahlstedter Straße 8 hängt plötzlich ein Transparent. "Asylanten ausweisen! Überfremdung stoppen!" steht darauf. Irgendjemand setzt eine Zahl in die Welt: 400 Flüchtlinge sollen hier, auf dem halben Fußballfeld, untergebracht werden! Die SPD Wandsbek macht eilig einen Info-Termin. Andreas Dressel, Fraktionschef der Sozialdemokraten in der Bürgerschaft, verspricht: Es werden höchstens 100 Menschen in der Unterkunft wohnen.

3. Oktober 2013, vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa. Ein Fischkutter mit über 500 Flüchtlingen an Bord gerät in Brand. Das Schiff kentert und sinkt. Die Zahl der Toten wird auf über 300 geschätzt. Im gesamten Oktober 2013 sterben im Meer vor Lampedusa fast 400 Menschen. Bundespräsident Joachim Gauck kritisiert die EU für ihren Umgang mit Flüchtlingen. "Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung", sagt er. Die Vereinten Nationen schätzen, dass derzeit weltweit 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Am 8. November demonstrieren 220 Menschen in Altona vor dem Wohnhaus von Bürgermeister Olaf Scholz für ein Bleiberecht für die Lampedusa-Flüchtlinge. Ein Demonstrant sprüht einem Polizisten Pfefferspray ins Gesicht.

21. November, das Bodengutachten ist da: Grenzwerte werden nicht überschritten. Am 27. November melden sich die Rahlstedter SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ole Thorben Buschhüter, Ulrike Hanneken-Deckert und Ekkehard Wysocki bei den Anwohnern der Rahlstedter Straße und Umgebung. "Wir möchten Sie mit diesem Brief über eine Veränderung in Ihrem Wohnumfeld informieren", so beginnt ihr Brief. Eine Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber, bis zu 130 Plätze. 130 Plätze also, nachdem anfangs von höchstens 100 die Rede war.

Die Politiker hoffen auf die "Bereitschaft, den Anteil Wandsbeks an der gemeinsamen Aufgabe mitzutragen, den bedürftigen Menschen eine Zuflucht zu bieten".

Auf die Einsicht der Wandsbeker hofft auch Thomas Ritzenhoff, der Bezirksamtschef. Die Sozialbehörde ist zwar der König in diesem Verfahren, "aber wir haben das Land", sagt der SPD-Mann. Zumindest bestimmt er darüber, ob auf dem Land gebaut werden darf. Seine Behörde muss die Baugenehmigungen für Flüchtlingsunterkünfte geben.

Ritzenhoff, ein schwerer Mann mit schwerer Brille, spricht in seinem Amtszimmer am Wandsbeker Markt Anfang Dezember 2013 über die große Weltpolitik. Auf dem Schreibtisch des gebürtigen Westfalen steht eine Fahne von Schalke 04. Ritzenhoff sagt, dass er den Eindruck habe, die Stimmung drehe sich. Seit dem Unglück von Lampedusa seien die Wandsbeker offener den Flüchtlingen gegenüber, hätten Verständnis und Mitgefühl. "Wer einen Menschen rettet, rettet die ganze Menschheit", sagt Ritzenhoff, um dann wieder in Wandsbek anzukommen, bei seiner Rolle in diesem Spiel. Die geht so: Die Sozialbehörde ist fein raus - und der Bezirksamtschef bekommt die Dresche. Weil er am nächsten an den Bürgern dran ist, vor allem an den Anwohnern der Rahlstedter Straße. Ritzenhoff findet, dass manche Bürger in solchen Fragen selbst Politiker spielen, ihre eigene Partei sein wollen. "Aber der Bürger trägt am Ende keine Verantwortung, wie es die Politik tut."

Ritzenhoff hat einen Ordner auf seinem Computer eingerichtet, er heißt "Unterbringung". Zwölf Unterkünfte sollen im Bezirk Wandsbek entstehen, für Thomas Ritzenhoff bedeutet das zwölfmal Ärger.

10. Dezember 2013, 19 Uhr, Gymnasium Rahlstedt. Die Mensa ist voll, 200 Menschen sind zur "öffentlichen Informationsveranstaltung Wohnunterkunft Rahlstedter Straße 8" gekommen. Vorne sitzen Svenja Gugat, ihre Chefin Bettina Protz und Bezirksamtsleiter Ritzenhoff. Sie haben einen Moderator mitgebracht, der einschreiten soll, wenn es laut wird. Sie werden froh darüber sein.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Prott startet eine Präsentation, auf der Leinwand erscheinen jetzt große Balken. Flüchtlingszahlen, die Balken werden immer höher. Sie sagt, dass Wandsbek bei der Schaffung neuer Unterkünfte im Bezirkevergleich ein wenig zurückhänge.

"Wie lange bleiben die?", will jemand wissen. "Das lässt sich nicht sagen", sagt Prott. "War ja klar", mault eine Frau aus den Zuhörerreihen.

Auf der Leinwand ist jetzt ein Bild zu sehen: fünf "Modulcontainerblöcke", sagt Prott, "es sind nicht die klassischen Kästen." Die neuen Flüchtlingsunterkünfte sehen fast aus wie richtige Häuser, sind knallgelb und haben ein schwarzes Satteldach. Eine neue Heimat für 130 Menschen.

Ritzenhoff ergänzt, dass die Flüchtlinge gleichmäßig auf alle Bezirke verteilt werden. Er wolle für Wohlwollen für das Projekt werben. Dann sind die beiden auch schon fertig. Fragen?

Ein Bürger aus Farmsen meldet sich. "Ich habe ja nichts gegen Ausländer", beginnt er. Dann sagt er, dass er in der Nähe einer solchen Unterkunft wohne. Abends sei es sehr laut, "da wird gefeiert ohne Ende, der Polizei ist es egal". Ein Bürger aus Rahlstedt meldet sich: "Wie in drei Teufels Namen konnten Sie auf die Idee kommen, an die Grenze eines solchen Problemstadtteils ein solches Ausländerheim hinzulegen?" Applaus.

Ganz vorne sitzt ein sehr bulliger Mann mit sehr kurzen dunkelblonden Haaren. Er steht auf und wird laut, sehr laut. Und zählt auf: dass er direkt neben dem geplanten "Ausländerheim" wohne, dass das ein "Brennpunkt ohne Ende" werde, dass alle zehn Minuten die "Bullen" kommen werden. Er spricht vom "Schlaraffenland Deutschland" und schimpft auf die Befürworter des Projekts, die alles "abnicken tun". Die Veranstaltung droht zu kippen, der Moderator muss einschreiten, er bittet den Mann, sich zu beruhigen.

Doch dann melden sich die Befürworter: Eine ältere Frau spricht von Nelson Mandela und dem Frieden, eine andere will Sprachkurse für die Flüchtlinge anbieten. Ritzenhoff sagt: "Wir reden hier über 130 Menschen, die mehr Angst vor uns haben als wir vor denen haben müssen."

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Eine Liste geht rum, auf der sich diejenigen eintragen können, die helfen und an einem Runden Tisch für die Flüchtlingsunterkunft mitmachen wollen. Am Ende der Veranstaltung stehen 37 Namen auf dem Papier - von 200.

Svenja Gugat fährt mit einem unguuten Gefühl nach Hause. Sie macht jetzt häufiger solche Veranstaltungen. Oft entwickelt sich doch noch so etwas wie eine positive Stimmung. Das ist an diesem Abend nicht der Fall, findet sie.

Ihr geht es häufig schlecht nach solchen Abenden. Sie kennt die Geschichten der Flüchtlinge, weiß, was diese auf sich nehmen, um nach Deutschland zu gelangen. Sie ist enttäuscht von den Hamburgern, die immer so weltmännisch sein wollen - und dann so "spießbürgerlich" sind. Und wenn sie ihn schon hört, diesen Satz: "Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber ..."

Im Dezember 2013 wird beschlossen, dass auf dem Gelände der Schule am Kurdamm in Wilhelmsburg eine Unterkunft für 126 Menschen gebaut wird. Die Sozialbehörde darf das Gelände nur für zwei Jahre nutzen, um ja nicht die Wohnungsbaupläne des Senats zu gefährden. Eine Flüchtlingsunterkunft für zwei Jahre - das lohnt sich eigentlich gar nicht. Doch die Flüchtlinge stehen in Konkurrenz zum ehrgeizigen Wohnungsbauprogramm des Senats. 6000 neue Wohnungen pro Jahr sollen gebaut werden. Die Bezirksamtsleiter haben den Wohnungsbauvertrag mit dem Senat unterschreiben müssen, jetzt stehen sie unter Druck.

In den 90er-Jahren, als Tausende vor dem Bürgerkrieg auf dem Balkan flohen, baute die Stadt viele Containerdörfer in der ganzen Stadt. Dann gingen die Zahlen der Flüchtlinge wieder zurück, und die Stadt baute viele Heime wieder ab.

Bezirksversammlung Wandsbek, 12. Dezember 2013, 18 Uhr. Die Abgeordneten machen es sich gemütlich. Zu Beginn der Sitzung gibt es ein Klavierstück zu vier Händen, dann wird der Wandsbeker Kulturpreis verliehen. Anschließend gibt es erst mal eine Pause mit Sekt und Schnittchen. Als die Sitzung um kurz vor 19 Uhr wieder beginnt, fragt ein Bürger die Abgeordneten nach den Kosten für die Flüchtlingsunterkunft in der Rahlstedter Straße 8. Der SPD-

Abgeordnete Rainer Schünemann antwortet: "Das ist nicht unser Geschäft, das ist die Verantwortung der Fachbehörde." Die Verantwortung der Sozialbehörde also, und außerdem ist der Punkt Rahlstedter Straße noch gar nicht dran. Die Sitzung geht weiter, es wird 20 Uhr, 21 Uhr, die Zuschauerränge leeren sich, und auch bei den Parlamentariern zeigt sich die Müdigkeit.

Die Rahlstedter Straße steht auf der Tagesordnung unter Punkt 13.2. Das Projekt hat es auf der Liste nur knapp vor den Tagesordnungspunkt "Papierkorb an der Heinrich-von-Ohlendorff-Straße" geschafft. Der Sitzungsleiter sagt um kurz vor 22 Uhr: "Dann kommen wir zu 13.2. Da geht es um das Grundstück Rahlstedter Straße 8. Gibt es Stellungnahmen? Das ist auch hier nicht der Fall. Und zur Kenntnis genommen." Das Ganze dauert nur wenige Sekunden.

Am 21. Dezember kommt es bei Demonstrationen für die Lampedusa-Flüchtlinge, den Erhalt der Roten Flora und der Esso-Häuser zu schweren Krawallen. Innenbehörde und Polizei erklären Anfang Januar mehrere Stadtteile zu Gefahrengebieten - und geraten dafür bundesweit in die Kritik.

Im Jahr 2013 sind insgesamt 3207 Asylbewerber nach Hamburg gekommen - 71 Prozent mehr als 2012.

Die Gegner der Flüchtlingsunterkunft Rahlstedter Straße 8 sitzen Anfang Januar 2014 in der Rahlstedter Straße 10. Das Büro von Fabian Röhr ist spärlich möbliert - ein Schreibtisch, ein Kopiergerät, die helle Jalousie ist zugezogen. Röhr verwaltet in der Rahlstedter Straße über 30 Wohnungen und Geschäftsräume. Auch Thomas Seltmann ist gekommen. Der, der in der Rahlstedter Straße 10 das Kfz-Sachverständigenbüro betreibt.

Röhr sagt, dass ihm eine seiner Mieterinnen eine Mail geschrieben hat. Sie sehe sich durch das Heim geschädigt und wolle deshalb die Miete mindern. Eigentlich hätte der Mietenspiegel eine Erhöhung hergegeben, sagt Röhr. Auf diese habe er jedoch jetzt verzichtet. Er sagt, er rechne damit, dass sein Umsatz wegen der Unterkunft um 15 Prozent zurückgeht.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Jetzt haben sich Röhr und Seltmann in das Baurecht vertieft, sie stellen Fragen nach Demokratie und Bürgerbeteiligung - und natürlich nach den Kosten. Wie kann es sein, fragt Röhr, dass das Projekt den Bürgern bei der Anhörung als beschlossen präsentiert wurde - obwohl es noch nicht mal eine Baugenehmigung gab?

Röhr hat den Widerstand organisiert: Im vergangenen Jahr hat er eine Handvoll Anwohner zusammengetrommelt. Er legt einen Artikel aus der "Bild"-Zeitung auf den Schreibtisch. Die Anwohner haben damals Aufstellung vor dem Grundstück genommen. "Aufstand in Rahlstedt" steht über dem Artikel. Röhr hat darauf geachtet, dass auch Anwohner mit Migrationshintergrund auf dem Foto sind, damit die Gruppe nicht in die rechte Ecke gedrängt wird.

Röhr hat im Dezember auch den sehr bulligen Mann mit den sehr kurzen Haaren im Auto zur Bürgeranhörung im Gymnasium gefahren, der Mann ist sein Mieter. Röhr wusste, dass der Mann Stimmung gegen die Unterkunft machen würde. Bei der Anhörung hat sich Röhr aber dann doch lieber weit weg von ihm gesetzt.

Außerdem hat Röhr beim Roten Kreuz angerufen und gefragt, ob er das Grundstück nicht kaufen könne. Nur damit dort kein Ausländerheim hinkommt. Er bekam eine Absage.

Thomas Seltmann beeilt sich zu sagen, dass er nichts gegen Ausländer habe. Dann sagt er, dass die Politiker immer so täten, als kümmerten sie sich um ihren Stadtteil. Der Buschhüter von der SPD zum Beispiel, der hatte doch im Sommer gesagt, dass er die Bürger informieren wolle. Also haben Röhr und Seltmann ihn angeschrieben und nach den Kosten für das Heim gefragt. Schließlich gehe es hier ja um Steuergelder. Buschhüter hat den Senat gefragt und die Antwort weitergeleitet: Angeblich soll der Neubau der Modulhäuser nur 11.000 Euro kosten. Nie im Leben, glaubt Seltmann.

Ein paar Häuser weiter, im Auerhahnweg, wohnt Doris Dijan. Seit 1904 ist ihr Haus in Familienbesitz. Das Grundstück, auf dem das Flüchtlingsheim entstehen soll, sieht sie von ihrem Wintergarten aus. Sie serviert Kaffee aus einem teuren Service und erzählt aus ihrem Leben. Ihr Mann floh einst vor dem Schah aus dem Iran nach Deutschland, beantragte hier Asyl. Dijan, SPD-Mitglied, hat eine

"Interessensgemeinschaft für bilaterale Familien" gegründet. Sie weiß, wie es sich anfühlt, ein Fremder in Deutschland zu sein. Deshalb ist sie auch zu der Bürgeranhörung gegangen und hat sich in die Liste der Unterstützer der Unterkunft eingetragen. Weil sie nicht möchte, dass die Schreihäse in der Debatte die Überhand gewinnen. "Rahlstedt ist kein Stadtteil, der kippt. Rahlstedt ist immer noch gutbürgerlich", sagt sie. Sie will etwas für die Flüchtlinge tun, Deutschunterricht geben, Kinder betreuen, mit ihnen reden, ihre Probleme besprechen. Aber dafür erwartet sie auch etwas von den Flüchtlingen. Dass sie sich in die Gesellschaft integrieren, die Ruhezeiten einhalten und die Gärten der Rahlstedter nicht betreten. "So ist das in Deutschland eben", sagt Doris Dijan.

25. Februar 2014, eine weitere Schlappe für die Sozialbehörde. Es geht um ein 11.000 Quadratmeter großes Gelände an der Hinschkoppel im Bezirk Eimsbüttel. Hier hätte die Stadt viele Flüchtlinge unterbringen können. Man war sich auch schon einig mit dem Eigentümer, der das Gelände mindestens zehn Jahre an die Stadt vermieten wollte, zu einem fairen Preis. Problem nur: Das Gelände wird auch von der Modekette Tom Tailor genutzt. Eigentlich wäre Platz für die Wirtschaft und das Soziale. Doch Tom Tailor will plötzlich das ganze Areal nutzen. Die Wirtschaftsbehörde schaltet sich ein, macht sich für die Interessen des Konzerns stark. Man möchte auf keinen Fall, dass Tom Tailor sich aus Hamburg zurückzieht. Das vorläufige Fazit: Das Gelände steht für öffentliche Unterbringung nicht zur Verfügung.

Jörn Pestrup sitzt am 25. Februar 2014 in seinem Büro am Grünen Deich in Hammerbrook und ist genervt. Pestrup, 60, Bauingenieur, sportlicher Typ, Schnurrbart, Glatze, ist der Bauherr der Flüchtlingsunterkunft an der Rahlstedter Straße. Er arbeitet für das städtische Unternehmen Fördern und Wohnen, das die Unterkünfte errichtet und betreibt. Zu dritt sind sie für den Bau von 30 neuen Unterkünften zuständig. Sie kommen kaum hinterher, Pestrup schiebt schon viel zu viele Überstunden vor sich her. Fördern und Wohnen fehlen insgesamt fast 100 Mitarbeiter.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Pestrup will, dass es jetzt schnell geht in der Rahlstedter Straße 8, zu viel Zeit ist schon vergangen. Eigentlich müssten doch alle mitmachen, findet er. Die Wohncontainer gibt es baugleich schon in den Bezirken Bergedorf und Harburg - eigentlich eine Blaupause für Wandsbek.

Doch so einfach ist das nicht: Das Baurecht hat sich geändert seit den 90er-Jahren, die Vergaberichtlinien für Aufträge sind strenger, Pestrup muss sich häufig an EU-Richtlinien halten.

Zum Beispiel das Vergaberecht: Pestrup darf nicht mit dem günstigsten Anbieter der Wohncontainer eine Art Abo für alle neuen Unterkünfte abschließen. Er muss die Aufträge für die Container immer wieder neu ausschreiben und riskiert so, dass die günstigsten Häuser ausverkauft sind. Und die Nachfrage aus anderen Kommunen ist groß. Der Lieferant, mit dem Pestrup gute Erfahrungen gemacht hat, baut das Modulhaus 30.000 Euro günstiger als die Konkurrenz.

Und dann haben die Bezirke mehr Mitspracherecht als früher. Und die wollen möglichst wenig Ärger mit den Bürgern haben. Pestrup sagt, das Foto mit den empörten Anwohnern in der "Bild" war ein Problem für das Projekt. Die Bilder aus Lampedusa hätten geholfen. "Die politische Diskussion wirkt sich immer auf unsere Arbeit aus."

Mitte November war er mit Svenja Gugat im Bezirksamt Wandsbek, zeigte der Bauprüfabteilung die Pläne für das Objekt. Er fühlte sich wie ein Bittsteller. Aber er hatte das Gefühl, dass das Amt ihn unterstützt. Nachdem die Bezirksversammlung ihr Okay gegeben hatte, stellte er sofort den Bauantrag, bestellte die Container und beauftragte Handwerker mit den ersten Bodenarbeiten. Es soll ja jetzt schnell gehen. Seit gut acht Wochen wartet Jörn Pestrup nun.

Er hat kein gutes Gefühl. Am 20. Januar hat er Post vom Bezirksamt bekommen. Die Bauprüfabteilung verlangte "Fällgenehmigungen" für die Bäume, ein Gutachter muss darüber hinaus prüfen, welche Bäume erhalten bleiben sollen. Jetzt soll im März noch ein Biologe auf das Grundstück gehen und schauen, ob seltene Vögel in den Bäumen leben. Pestrup fragt sich, ob er noch warten muss, bis die Vögel ausgebrütet haben. Lachen kann er darüber schon lange nicht mehr.

Mitte Februar war beim Amt plötzlich von "Nachbareinwänden" die Rede. Und davon, dass es erst mal nichts werde mit der Genehmigung, weil die Einwände bearbeitet werden müssten.

Pestrup scheint es so, dass das Bezirksamt immer wieder neue Dinge findet, um den Baubeginn zu erschweren. "Eigentlich ist doch alles politisch besprochen", sagt er verzweifelt.

Die Hamburger diskutieren im Februar und März 2014 über das Pflegeheim am Holstenkamp in Bahrenfeld. Das Heim ist angeblich nicht mehr ausgelastet, die 150 Bewohner sollen auf andere Einrichtungen verteilt werden, damit 330 Flüchtlinge untergebracht werden können. "Rentner raus, Flüchtlinge rein", schreibt die "Bild"-Zeitung. Bürgermeister Olaf Scholz macht das Thema zur Chefsache. Und verkündet, dass aus dem Heim keine Flüchtlingsunterkunft wird: "Der Senat steht auf der Seite der älteren Menschen."

Auch Uwe Holtermann von Fördern und Wohnen wartet im Frühjahr sehnsüchtig auf die Baugenehmigung. Sein Kollege Pestrup, der Ingenieur, baut die Unterkünfte, Holtermann, der Sozialarbeiter, betreibt und beaufsichtigt sie. Zurzeit plant er fünf neue Unterkünfte und beaufsichtigt zwölf. Er hat in den Unterkünften 50 Mitarbeiter und 2800 "Klienten", wie er die Bewohner nennt. Holtermann will endlich seine Checkliste abarbeiten: Er will Möbel für die Einrichtung der Container ordern, Mitarbeiter auswählen, die Müllabfuhr bestellen und einen Reinigungsdienst. Er will Tischtennisplatten kaufen, Blumenkübel, Elektroherde, Tische und Schränke. Und seine Mitarbeiter brauchen Telefon und Visitenkarten. All das kann er jetzt nicht organisieren. Weil die Baugenehmigung nicht da ist.

Sozialsenator Scheele sagt, dass die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im vergangenen Jahr 25 Millionen Euro gekostet hat. Für 2014 rechnet er mit 46 Millionen Euro.

Anfang März ruft Svenja Gugat mal wieder beim Bezirksamt an und fragt nach der Baugenehmigung. Die Kollegin, die den Vorgang bearbeitet, sei auf einem Seminar, sagt man ihr. Und, dass es Einwände von Nachbarn gegeben habe, die sich durch die Flüchtlingsunterkunft beeinträchtigt fühlen. Fabian Röhr etwa hat eine ganze Liste geschrieben. Ein Grund dagegen: Auf dem Nachbargrundstück des Heims führen ab fünf Uhr morgens viele schwere Lastwagen ein und aus. Hierdurch würden die Bewohner des Heims "in ihrer Nachtruhe erheblich beeinträchtigt". Röhr schlägt vor, dass "zum Schutze der Bewohner" der Unterkunft lieber doch ein anderer Platz für das Heim gesucht werden solle.

An Marco K.s Briefkasten haften Aufkleber von Fanclubs des HSV. Marco K. ist ein Mann mit kurz geschnittenen Haaren, goldenen Ohrringen und breiter Schulter. Er ist der Mann, der auf der Bürgeranhörung damals so lautstark gegen das Heim gewettert hatte.

Eigentlich wollte er ja über das Flüchtlingsheim sprechen. Aber in den 20 Minuten vor seiner Wohnungstür erzählt Marco K. vor allem von sich selbst und seinen Sorgen. 15 Jahre habe er bei der Stadtreinigung gearbeitet, dann erlitt er einen Bandscheibenvorfall, derzeit klage er gegen die Gutachter, die seine Arbeitsunfähigkeit nicht anerkennen. Er sei von den Schmerzmitteln abhängig geworden. "Die Deutschen werden nur noch vom Staat gemolken." Und dann auch noch "die". "Die kriegen doch alles in den Arsch geschoben."

Über das Leben der Menschen in Afghanistan oder Syrien spricht er nicht. Marco K. sagt: "Für das Chaos da unten kann ich doch nichts." Er fühlt sich von den Politikern hintergangen. Gewählt habe er schon seit zehn Jahren nicht mehr. Er wolle jetzt erst mal abwarten, "was da für Leute kommen". Dann sagt er noch: "Wenn die anfangen, die Gartenmöbel zu klauen, dann muss man sich selbst schützen." Wie das aussieht? "Na, verkloppen, ne."

Auf dem Gelände nebenan passiert: nichts. Immer noch Wildwuchs, Bierdosen und Müll und keine Bauarbeiter. Es ist jetzt zehn Monate her, dass Georg Kamp vom Deutschen Roten Kreuz seine Mail an den Senator geschickt hat.

11. März 2014, die Baugenehmigung ist da. Aber Jörn Pestrup und Svenja Gugat können sich nicht über das 21 Seiten starke Schriftstück freuen. Das Bezirksamt erteilt die Genehmigung nur unter Auflagen: So sollen aus den Küchen der Wohnungen im ersten Stock Rettungstreppen eingeplant und eingebaut werden. Dann sollen die Häuser erst errichtet werden dürfen, wenn die Grünanlagen darum fertig sind - aus Sicht der Planer eine Katastrophe: Die Kräne und Bagger würden die Grünanlagen wieder plattmachen, wenn die Container aufgebaut werden.

Das Amt fordert darüber hinaus vernetzte Brandmelder: Wenn in einer Wohnung beim Kochen etwas anbrennt, soll im ganzen Dorf der Alarm schrillen. Brandschutz und Flüchtlingsheime sind ein sensibles Thema seit den Brandanschlägen in den 90er-Jahren. Das Bezirksamt und die Feuerwehr wollen auf Nummer sicher gehen. Doch es gibt keine Standards für Baugenehmigungen von Flüchtlingsunterkünften. Die Bezirke entscheiden unterschiedlich. Die Beamten sind unsicher, das zeigen auch die vielen Kürzel auf den Schreiben aus dem Bezirksamt: Keiner will am Ende allein verantwortlich sein.

Pestrup ist sauer wegen der Brandmelder. Wenn nachts der Alarm ausgelöst wird, werden alle Kinder und die Nachbarn wach. Und die Kinder sollen morgens in die Kita oder zur Schule. Nein, normale Brandmelder müssen reichen, findet Pestrup. Er will Einspruch gegen die Vorgabe einlegen. Trotzdem lässt er die Leitungen für die Anlage verlegen. "Es ist mir unverständlich, warum das nach allen wohlwollenden Gesprächen so sein soll", schreibt Pestrup an seine Kollegen.

19. März, Olaf Scholz will auf einer Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlinge im Thalia Theater auftreten. Sein Auto wird von Demonstranten blockiert, die Veranstaltung beginnt eine halbe Stunde später. Seine Rede wird immer wieder von Zwischenrufen gestört. Scholz sagt, dass Deutschland Zuwanderung brauche, vor allem Zuwanderung von Fachkräften. Die Grenzen könnten jedoch nicht vollständig geöffnet werden. "Vielleicht würde eine bessere Kenntnis der europäischen Wirklichkeit manche dazu bewegen, in ihren Herkunftsländern zu bleiben."

25. März 2014, Rahlstedter Straße 8. Eckhard Zemke klopft mit einem kleinen Hammer gegen die Rinde einer Sandbirke, *Betula pendula*. Er tastet den Baum ab wie ein Arzt einen Kranken, Svenja Gugat steht sorgenvoll daneben. Zemke ist Baumsachverständiger der Freien und Hansestadt Hamburg. Sein Auftrag: Er muss prüfen, welche Bäume "verkehrssicher" sind. Er zeigt mit dem Finger auf eine Rille im Stamm: "So etwas kann auf Fäulnis hindeuten." Dann klopft er weiter mit seinem Hammer. Zemke studiert den artspezifischen Habitus, die Kronencharakteristik, die Kronentransparenz, die Verzweigungsmuster, den Knospenbesatz, die Blattfarbe, den Totholzanteil. Schließlich holt er sein Diktiergerät aus der Tasche und spricht hinein: "Stammumfang 160 Zentimeter, Stammform gerade, Alter etwa 16 Jahre."

Plötzlich lässt sich ein Vogel auf einem der Bäume nieder. Gugat fleht innerlich: "Bitte, flieg wieder weg!" Der Vogel fliegt weg, den Baumgutachter interessiert das auch nicht. Er schickt einen Tag später ein 31-seitiges Gutachten mit vielen Fotos und Analysen. Er hat drei Birken entdeckt, die stehen bleiben sollen. Die anderen Bäume im Bereich der Baustelle dürfen gefällt werden. Und der Vogel-Gutachter wird ein paar Tage später keine seltenen Vögel auf dem Grundstück finden.

Ebenfalls am 25. März stehen Svenja Gugat, Jörn Pestrup und eine Gruppe von Architekten, Landschaftsbauern und Elektrikern zwischen Schutt, Sand und Steinen. Sie haben beschlossen, dass sie jetzt einfach anfangen mit dem Bau. Vor vier Tagen haben sie dem Bezirksamt den Baubeginn angezeigt. Pestrup arbeitet die strittigen Punkte der Reihe nach ab: Er legt Widerspruch ein und bereitet sich für alle Fälle vor. Er hat zehn Türen für die Küchen bestellt, die zu den Feuertreppen führen sollen - wenn es dabei bleibt.

Bei der ersten Baubesprechung schauen die Verantwortlichen noch einmal über den Vermessungsplan und den Grundriss des Bauvorhabens. Und stoßen auf ein neues Problem: Wo sind die Anschlüsse für die Abwasserleitungen? Auf dem Bauplan sind Leitungen eingezeichnet, fett in roter und blauer Linie. Und eine gestrichelte Linie. Das soll die Abwasserleitung sein, angeblich. Die Suche wird sich ein paar Tage hinziehen.

Die vernetzten Brandmelder seien "nicht verhandelbar", hat Pestrup vom Bezirksamt erfahren. Und noch etwas könnte zum Problem werden, sagt Svenja

Gugat. Sie blickt über die kleinen Pfähle im Boden, die den Rahmen für die Wohnblöcke abstecken. Es könnte sein, dass jemand sie umgesteckt hat, um den Bau zu sabotieren. Die Runde beschließt, dass der Bauvermesser noch einmal kommen soll, bevor das Fundament gegossen wird.

8. April 2014, Baubesprechung in der Rahlstedter Straße 8. Die Bäume sind gefällt, Gräben aus Beton ziehen sich über das Grundstück, auf dem Beton sollen die Fundamente der Wohnmodule stehen. Rosa Fäden sind gespannt, sie markieren die Grundrisse der Container. Die Bäume, die der Baumpfleger unter Schutz gestellt hat, sind eingezäunt. Der erste Container ist da: der Container für die Bauleitung. Er steht vorne rechts auf dem Grundstück.

Jörn Pestrup ist heute ausgeglichener als sonst: Sein Widerspruch gegen die zusätzliche Brandtreppen war erfolgreich. Jetzt hat er zwar zehn Türen zu viel, aber muss keine Treppen bestellen. Dem Widerspruch dagegen, dass die Grünanlage vor den Containern gebaut werden muss, hat das Amt schon Ende März stattgegeben.

9. April. Die italienische Marine hat binnen 48 Stunden etwa 4000 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer aufgegriffen. Die Hamburger Innenbehörde geht davon aus, dass die Zahl der Asylbewerber im Jahr 2014 auf 4100 steigt - ein Anstieg um 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

29. April. Fabian Röhr, der Wohnungsverwalter aus der Rahlstedter Straße, schreibt eine Mail an den Hamburger Zoll. Ihm lägen "Verdachtsmomente für Schwarzarbeit" auf der Baustelle vor: "Viele ausländische Bauarbeiter ohne entsprechende Arbeitskleidung", Dachdecker ohne Schutzkleidung, Arbeiten werden auch am Wochenende durchgeführt. Röhr fügt auch noch drei Fotos bei. "Wir würden uns freuen, wenn Sie der Angelegenheit nachgehen würden und würden uns über Ihre positive Bestätigung freuen", schreibt er.

12. Mai 2014, 19 Uhr, der erste Runde Tisch. Es soll heute um die Frage gehen, wie man den Flüchtlingen helfen kann. Der Raum der Geschäftsstelle des Tanzvereins AMTV ist voll, die Luft ist stickig. Es wird kein Runder Tisch, sondern eine zweite Bürgeranhörung. Nur dass dieses Mal keine Politiker vorn sitzen, sondern Uwe Holtermann von Fördern und Wohnen und Svenja Gugat von der Sozialbehörde - und kein Moderator. Die Stimmung ist hitzig, auch weil der Sauerstoff im Raum schnell knapp wird.

Uwe Holtermann wirft noch einmal die Balkendiagramme an die Wand, die die Zunahme der Flüchtlingszahlen zeigen. Er berichtet von der Baustelle, die Arbeiten kämen gut voran. Dann wird er unterbrochen: Eine Frau will wissen, ob denn nun wirklich 400 Menschen da wohnen werden. Das Gerücht ist immer noch nicht aus der Welt.

Holtermann versucht ruhig zu bleiben und seinen Ärger über die falsche Zahl zu verbergen. Nein, es werden höchstens 130 Menschen dort leben, sagt er freundlich, mittlerweile sind seine Wangen gerötet. Er blickt in viele Gesichter, die ihm nicht glauben.

Auch beim Personalschlüssel macht Holtermann keine Punkte. Auf 80 Flüchtlinge kommt ein Sozialarbeiter, der Personalschlüssel für Techniker sei 1:160. Macht zwei Betreuer für eine Anlage mit 130 Flüchtlingen. Die Dienstzeiten gingen von 7.30 bis 16 Uhr. Nachts sei niemand da.

Ein älterer Herr will wissen, welche Regeln es für das Heim gibt. Holtermann sagt, dass es eine Hausordnung gebe. Wo die denn sei, will der Herr wissen, "ich möchte wissen, welche Pflichten die haben. Ich möchte, dass die mit fremdem Eigentum ordentlich umgehen." Holtermann muss passen, die Hausordnung ist noch nicht fertig. Murren im Saal.

Dann kommt die Frage auf, warum die Wohnblöcke eigentlich knallgelb sein müssen. Svenja Gugat erklärt, dass das Bezirksamt darauf bestanden habe, dass die Blöcke genau so aussehen, wie sie auf der Bürgeranhörung im Dezember präsentiert wurden. Damit niemand sagen könnte, es sei noch etwas geändert worden. Dumm nur,

dass man für die Präsentation damals völlig willkürlich eine Farbe ausgewählt hatte. Knallgelb eben. Gugat versucht, die Situation ins Lächerliche zu ziehen. Keiner lacht.

Eine gute halbe Stunde geht es hin und her, bis schließlich ein Mann fragt, wie man den Flüchtlingen eigentlich helfen könnte. Holtermann lehnt sich zum ersten Mal an diesem Abend in seinen Stuhl zurück und lächelt. Dann sagt er, dass es das Beste für alle in der Rahlstedter Straße 8 wäre, wenn man sie einen Monat in Ruhe ließe. "Diese Menschen müssen erst mal ankommen", sagt er. Danach jedoch könne man gerne helfen: Freiwillige könnten die Flüchtlinge bei Behörden- und Arztgängen begleiten. Auch Spenden für den Haushalt - Teller, Pfannen, Geschirr - wären willkommen. "Da will ich aber noch Geld für haben", murmelt ein Rentner.

Wer helfen will, kann sich in eine Liste eintragen. Die Kirchengemeinden Alt Rahlstedt und die Markusgemeinde haben sich bereit erklärt, die Hilfe zu koordinieren. Ende der Veranstaltung.

Am Ausgang trifft Thomas Seltmann, der Mann mit dem Kfz-Büro, auf den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ole Thorben Buschhüter. "Wissen Sie denn jetzt, was das kostet?", will Seltmann wissen. Buschhüter verweist auf die Antwort des Senats, nach der "investive Kosten" in Höhe von 11.000 Euro anfallen. Zufrieden sei er auch nicht mit dieser Zahl, aber so sei das eben. Seltmann wird sauer, schimpft über die Verschwendung von Steuergeldern. Buschhüter sagt, die Sache sei doch jetzt klar: Die Unterkunft komme, da könne man nichts mehr tun. Er habe anderes zu tun, als die Kosten der Unterkunft bis auf die Kommastelle zu berechnen. Seltmann sagt, dass er bei der nächsten Wahl Protest wählen werde. Buschhüter entgegnet, dass ihn dies nicht sonderlich störe. Wütend zieht Seltmann in die Kneipe des Tanzvereins ab.

13. Mai 2014, Baubesprechung, Rahlstedter Straße 8. Die gelben Container stehen, am 15. April wurde der erste aufgestellt, am 6. Mai der letzte. Die Häuser 4 und 5 sind bis auf die Küche fertig, bei den anderen fehlen noch die schwarzen Satteldächer.

Im Container der Bauleitung röchelt die Kaffeemaschine. Jemand hat Brötchen mit Käse und Putenbrust besorgt. Die roten Bauhelme liegen in der Ecke. Jörn Pestrup

und seine Mitarbeiter gehen eine Liste durch und haken ab, was fertig ist. Vor vier Wochen hat das Bezirksamt die Forderung nach dem vernetzten Brandmelder zurückgezogen. Jetzt hat Pestrup zwar Leitungen verlegen lassen, muss aber keine "elektroakustische Alarmierungsanlage" bestellen.

Doch das Hin und Her wirkt sich jetzt aus: Pestrup kann den Plan, Ende Mai mit der Belegung der Unterkunft zu beginnen, nicht einhalten.

Es gibt keine Zufahrt, keine Wege zwischen den Häusern, keine Beleuchtung. Die Notentwässerung, Elektrik, Beleuchtung, Möbel der Bewohner - fehlt alles noch. Eigentlich stehen hier nur ein paar Container im Sand. Pestrup verschiebt den Einzug der Flüchtlinge auf Mitte Juni.

28. Mai 2014. Olaf Scholz hält eine Rede über die "Perspektiven der Stadtentwicklung in Hamburg". Er spricht auch von den großen Herausforderungen angesichts des answellenden Flüchtlingsstroms. Hamburg müsse "mental zusammenrücken".

5. Juni, Rahlstedter Straße 8. Der Zoll ist da. Sechs Beamte überprüfen, ob auf der Baustelle Schwarzarbeiter sind. Sie verlangen die Ausweise, befragen die Bauarbeiter nach ihrer Tätigkeit, nach ihrem Arbeitgeber. Später prüfen die Zollbeamten die Angaben. Ergebnis: alles in Ordnung.

"Wir haben keine Plätze, wir stehen mit dem Rücken zur Wand", sagt Sozialsenator Detlef Scheele. Und er nennt eine neue Zahl: 4000 zusätzliche Plätze für Flüchtlinge fehlen in Hamburg. In der Sozialbehörde werden jetzt alle verworfenen Standorte nochmals geprüft. Sogar Flüchtlingsschiffe, wie es sie in den 90er-Jahren gab, sind nicht mehr tabu. Die Hamburg Port Authority sucht nach geeigneten Liegeplätzen.

12. Juni 2014, Rahlstedter Straße 8. Maren Oehmichen wirkt wie eine Fremde hier. Dabei soll sie die Flüchtlingsunterkunft leiten. Die Sozialarbeiterin ist noch Chefin in der Unterkunft Großlohe, nur ein paar Kilometer entfernt. Sie war auch erst einmal vorher hier. Ihr erster Gedanke: Warum diese gelbe Farbe? Es wirkte auf sie wie eine Provokation an die Außenwelt.

Ihr Büro ist in Haus 1, ein spärlicher Raum in einem der Container. Auf dem Tisch liegen die Pläne der fünf Häuser, einige Wohnungen sind farbig markiert. Das sind die Wohnungen, für die schon Bewohner eingeplant sind. Eine Familie aus Syrien, eine aus Afghanistan und eine aus Serbien. Auf einem Zettel stehen die gesundheitlichen Probleme der künftigen Bewohner: psychisch krank, Rheuma im Fuß, Diabetes, Herzfehler, Asthma, Bluthochdruck.

Sie geht raus in den Hof und tritt auf Sand, die Wege sind immer noch nicht gepflastert. Eigentlich sollen ab heute die ersten Bewohner einziehen. Aber der Bauzaun vorne steht immer noch. Lastwagen fahren rein, laden Pflastersteine ab, karren Sand weg. Es riecht nach frischer Erde.

Die Laster blockieren den Weg nach innen, sodass die Wege nicht gepflastert werden können. Überall sind Handwerker. Es wird noch zwei Wochen dauern, bis sie fertig sind, sagt Oehmichen.

In der Mitte der Anlage ist ein großes schwarzes Loch, da soll der Spielplatz hin, das Schaukelgerüst ist schon da. Oehmichen geht in eines der fünf Häuser, die 18 Wohnungen sind alle gleich geschnitten. Zwischen 60 und 75 Quadratmeter groß sind sie, bis zu acht Personen kommen in eine Wohnung. Eine Wohnung besteht aus drei bis vier Räumen, helles Linoleum, Metallbetten, Holzkleiderschränke. Die Küchen haben E-Herd, Kühlschrank und Spüle, das Bad hat eine Dusche, es gibt ein separates WC. Es riecht nach frischer Farbe, die Räume sind hell. Ein Raum in den Wohnungen wird komplett leer gelassen. Eine Erfahrung mit Bewohnern aus dem arabischen Raum, sagt Oehmichen. Diese wollen ihr Wohnzimmer selbst einrichten - und zwar ohne Stühle, weil sie am liebsten auf Teppichen am Boden sitzen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die neuen Bewohner bekommen Haushaltspakete. Darin: große und kleine Töpfe, Bratpfannen, Suppenkellen, Holzlöffel und Dosenöffner, Teller in drei Größen, Tassen, Besteck.

Der Blick aus den Fenstern der Wohnungen geht entweder auf den Innenhof oder auf die Nachbarhäuser. Die Gartenbauer legen gerade eine Buchenhecke an, die Pflänzchen sehen noch karg aus. Maren Oehmichen findet die Wohnungen schön. Sie hofft, dass die Bewohner sie auch schätzen.

Die Flüchtlinge sollen auch einen Begrüßungsordner bekommen, in dem steht, was sie hier machen können und wo es Hilfe gibt. Doch der Ordner, sagt Oehmichen, ist noch nicht fertig. Und überhaupt weiß sie noch gar nicht, wie sie die Neuankömmlinge begrüßen soll.

Sie hat sich aber überlegt, wie sie den Kindern der Flüchtlinge die gelben Häuser verkaufen will: Maren Oehmichen will ihnen sagen, dass sie jetzt in Sonnenblumenhäusern wohnen.

Im Juli fehlen in Hamburg noch immer 4000 Unterkunftsplätze für Flüchtlinge.

Seit Anfang dieses Monats ist die Unterkunft an der Rahlstedter Straße 8 belegt. 108 Menschen leben jetzt hier, davon 60 Kinder. Die Flüchtlinge kommen aus Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Nigeria, Serbien, Syrien und der Türkei. Die Unterkunft hat nach Abendblatt-Informationen rund zwei Millionen Euro gekostet.

Und Thomas Seltmann, der Nachbar mit dem Kfz-Büro, will sich beschweren: Weil die Kinder aus dem Flüchtlingsdorf auf dem Parkplatz an der Rahlstedter Straße Fußball spielen. Manchmal, schimpft Seltmann, fliegen Bälle über seinen Zaun herüber.